

Rechtsextremismus in Bramfeld

eine Stadtteilanalyse · Kurzversion · erstellt durch das Kommunalpädagogische Institut Hamburg (kp_i)

Regionalanalyse zu rechtsextremen AkteurInnen und Aktivitäten sowie des zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagements dagegen für den Stadtteil Bramfeld



Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales Familie und Integration Hamburg. Das MBT ist Teil des Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Hamburg und erreichbar unter der Telefonnummer der Erstkontaktstelle 040 428 63 36 25.



Die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus ist spätestens seit Ende 2011 wieder von höchster Aktualität. Durch das Bekanntwerden der rechtsextremistischen Terrorzelle „NSU - Nationalsozialistischer Untergrund“ und der durch diese Gruppierung verübten Morde ist das Thema Rechtsextremismus nicht nur verstärkt in den Blick zuständiger Behörden, sondern auch in den der Öffentlichkeit gerückt.

Rechtsextremistischen Entwicklungen entgegen zu wirken, ist das primäre Ziel der in vielen Bundesländern etablierten Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Eine zentrale Annahme in der Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus ist die, dass die Arbeit für die Etablierung, den Ausbau und den Erhalt demokratischer Kultur und Zivilgesellschaft Arbeit gegen Rechtsextremismus ist. Die langfristige Sicherung einer demokratischen Kultur, in der sowohl eine lebendige Zivilgesellschaft existiert und eine demokratische Praxis gelebt wird als auch „demokratiefreundliche“ Werte und Einstellungen verankert sind, stellt zugleich einen wichti-

gen Gegenstand, aber auch ein Ziel der Mobilen Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus dar. Neben einer auf diese Weise ausgerichteten Präventionsarbeit ist die konkrete Beratung und Intervention bei Vorfällen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund das eigentliche Arbeitsfeld der Mobilen Beratungsteams. Wichtiger Ausgangspunkt für die Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus ist die Analyse und qualitative Beschreibung konkreter regionaler Problemlagen. Darüber hinaus wollen die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bereits bestehende Strukturen einer demokratischen Zivilgesellschaft sowie einzelne engagierte AkteurInnen

in ihre Beratungsarbeit integrieren und auf diese Weise wiederum die durch lokale und zivilgesellschaftliche AkteurInnen geleistete Arbeit unterstützen.

Vor diesem Hintergrund wurde das Kommunalpädagogische Institut Hamburg Mitte 2011 damit beauftragt zu analysieren welche rechtsextremen Potenziale und Strukturen der Hamburger Bezirk Bergedorf sowie der Stadtteil Bramfeld (Bezirk Wandsbek) aufweisen. AkteurInnen und Aktivitäten mit rechtsextremen Hintergrund stellen dabei zentrale Indikatoren einerseits für das rechtsextreme Potenzial in der jeweiligen Region und andererseits Elemente möglicher rechtsextremer Strukturen dar. Ergänzend dazu sollte das Engagement zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus in den beiden Regionen untersucht werden.

Inhalt	
Vorwort.....	2
Anlage und Methode der Untersuchung	3
Rechtsextremismus im Stadtteil Bramfeld	4
Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus.....	8
Forschungsdesiderate.....	10



HerausgeberInnen: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. · Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg · Registernummer: VR 9937
Kontakt: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg · Telefon: 040 – 284016 – 68 · mbt@hamburg.arbeitundleben.de
V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann · Arbeit und Leben Hamburg · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Durchführung: Kommunalpädagogisches Institut Hamburg, Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg
Juristische Beratung: · Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Anlage und Methode der Untersuchung

Der Fragestellung wurde methodisch auf zwei Ebenen nachgegangen: Zum einen hat eine ausführliche und umfassende Recherche von Dokumenten und Informationen zum Thema Rechtsextremismus in Hamburg bzw. in den beiden ausgewählten Regionen Bramfeld und Bergedorf stattgefunden. Dieses Material umfasst einen zeitlichen Rahmen von ca. 40 Jahren. Zum anderen wurden insgesamt 20 leitfadengestützte, diskursive Interviews mit regionalen sowie hamburgweiten, überregionalen Expertinnen und Experten zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt und anschließend ausgewertet.

Die aus den Interviews mit ExpertInnen und der Dokumentenanalyse gewonnenen Erkenntnisse führen zu einer Art dichten Beschreibung der lokalen rechtsextremen Szene in Bramfeld und Bergedorf im Jahr 2011 und des Engagements zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen dagegen, die dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg in einem umfangreichen Gesamtbericht vorgelegt wurde. Auf Grundlage dieses Gesamtberichts wurden jeweils eigene „Regionalanalysen“ für den Bezirk Bergedorf und für den Stadtteil

Bramfeld erstellt, die für die interessierte Öffentlichkeit bestimmt sind. In der hier vorliegenden Kurzfassung werden insbesondere die zentralen Untersuchungsergebnisse der Regionalanalyse Bramfeld in kompakter aber auch notwendigerweise stark verkürzter Form dargestellt. Auf einen Nachweis für Fundstellen zu wiedergegebenen Aussagen und die Wiedergabe direkter Zitate wurde nicht zuletzt wegen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Rechtsextremismus im Stadtteil Bramfeld

Alle befragten regionalen ExpertInnen konnten teilweise sehr detaillierte Informationen zu einzelnen Aktivitäten und Vorfällen berichten, die sich in der jüngeren oder aber auch bereits weiter zurückliegenden Vergangenheit durch Personen, die einer rechtsextremen Organisation bzw. Gruppierung angehörten, ereigneten. Gleichzeitig fanden sich in den Interviews jedoch nur sehr wenig konkrete Aussagen darüber, welche rechtsextremistischen Personen und möglicherweise auch Organisationen derzeit in Bramfeld wirken und für eine etwaige Szene von Bedeutung sein könnten.

Während alle ExpertInnen angaben, dass Bramfeld ihrer Einschätzung nach der Wohnort einiger bedeutender AkteurInnen der rechtsextremistischen Szene, allen voran Jan-Steffen Holthusens, sei, und es mit dem Soldaten-Ehrenmal am Kleinen Bramfelder See einen für das rechtsextremistische Lager bedeutsamen Ort und eine wichtige Versammlungsstätte im Stadtteil gebe, konnten die geäußerten Einschätzungen, dass Rechtsextremismus in Bramfeld derzeit eine große Rolle spiele und eine Szene vorhanden sei, nur selten konkretisiert werden. Vielmehr wurden der Rechtsextremismus in Bramfeld bzw. die ihm angehörenden AkteurInnen als etwas umschrieben, von dem man in Bramfeld wisse, dass es da sei, das man aber selten zu fassen bekäme. Das Wissen über konkrete Zusammenhänge und AkteurInnen einer rechtsextremen Szene resultiert mehrheitlich aus Vorträgen externer ReferentInnen und bleibt diffus. Die im Rahmen der mit Bramfelder ExpertInnen geführten Interviews gewonnenen Informationen weisen zudem eine hohe Deckungsgleichheit auf. Dies mag nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass viele der befragten ExpertInnen in zentralen Stadtteilinstitutionen und Arbeitsgruppen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus in Bramfeld beschäftigen, zusammenarbeiten und in diesem Rahmen auch dieselben Eindrücke gewonnen und Begebenheiten erfahren haben. Die individuelle Bewertung solcher Begebenheiten sowie die Einschätzungen dazu, ob eine rechtsextreme Szene in Bramfeld existiert bzw. welche Bedrohungen möglicherweise von ihr ausgehen, variieren allerdings dennoch stark zwischen den Befragten.

Entwicklungen seit den 70er Jahren

Die Organisationen und Gruppierungen, die in Hamburg ab den 70er Jahren zur Entwicklung einer neofaschistischen und neonazistischen Szene beigetragen haben, waren auch im Bezirk Wandsbek und hier ebenfalls im Stadtteil Bramfeld oder im benachbarten Steilshoop aktiv. Neben der „Hansa“-Bande um Michael Kühnen traten seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), die „Hamburger Liste Ausländerstopp“ (HLA), die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) sowie andere, dem neonazistischen Spektrum angehörige Gruppierungen wie rechtsextreme Skinheads und „Wehrsportgruppen“ im öffentlichen Raum vornehmlich mit Flugblattaktionen und Propagandadelikten in Erscheinung.

Mitte der 80er Jahre standen die vier im Bezirk Wandsbek gelegenen Unterkünfte für AsylbewerberInnen und politisch Verfolgte im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Wandsbeker bzw. Bramfelder BürgerInnen und den hiesigen Angehörigen der rechtsextremen Szene. Ab Mitte 1993 wurden Personen aus den Stadtteilen Bramfeld und Steilshoop, die sich als Mitglieder eines „Runden Tisches“ für eine menschenwürdige Gestaltung der Unterbringung von Flüchtlingen einsetzten, bedroht und angegriffen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bramfelder Simeonkirche mit einer volksverhetzenden Parole beschmiert, vor dem Haus des Pastors das Horst-Wessel-Lied gesungen und gegen diesen Morddrohungen ausgesprochen. Im Folgejahr wurden Aufkleber der „Nationalen Liste“ und der „Republikaner“ auf den Schaukasten der Simeonkirche geklebt. Bei einem Anschlag

auf das Kirchenschiff wurde dieses verwüstet und eine an den Pastor gerichtete Drohung innerhalb des Kirchenraums angebracht. Die TäterInnen wurden im Kreise der AnhängerInnenschaft der „Nationalen Liste“ in Farmsen, Berne und Bramfeld vermutet.

In dieser Phase war Bramfeld ein zentraler Entstehungsort für in den Folgejahren an Bedeutung gewinnenden rechtsextremistische Institutionen. So entwickelte sich hier ab Ende 1994 als Nachfolgeorgan des „Index“, der Parteizeitung der „Nationalen Liste“, mit dem neonazistischen Fan-Magazin „Bramfelder Sturm“ ein wichtiges publizistisches Organ der rechtsextremistischen Szene. Im Umfeld der Zeitschrift entstand eine anfänglich namensgleiche und 1997 in „Hamburger Sturm“ umbenannte politische Gruppierung, die aufgrund ihrer Organisationsprinzipien als eine der ersten Gruppen den damals in ihrer Entwicklung befindlichen Kameradschaften entsprach. Aus dem Umfeld dieses Netzwerks wurden Ende der 90er Jahre Anschläge bzw. Überfälle auf linke Projekte in Hamburg und Umgebung sowie das Elmshorner IG Metall-Büro verübt. Im August des Jahres 2000 wurden Zeitschrift und Kameradschaft wegen ihrer nationalsozialistischen Tendenz und ihrer aktiv-kämpferischen Haltung verboten.

Das jeweilige rechtsextremistische Personal setzte seine Arbeit für die Umsetzung und Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie trotz Verbot der Organisation fort. In diesem Zuge gewann die NPD mit ihrer bestehenden Organisationsstruktur wieder an Bedeutung für den Bramfelder Rechtsextremismus. Neben einem Überfall von zehn Neonazis auf einen Infostand der Bürgerschaftsgruppe „REGENBOGEN“ in Bramfeld im Herbst 2000 sorgte Anfang 2001 eine durch einen bekannten Rechtsextremisten für das Datum des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz angemeldete Demonstration über die Stadtteilgrenzen hinaus für große Empörung. Denn die beantragte Route sollte genau auf der Strecke verlaufen, auf

der im August 1933 Kommunisten und Sozialdemokraten von den Nationalsozialisten durch Bramfeld getrieben und dabei misshandelt und gedemütigt worden sind, nachdem sie unter Anwendung physischer Gewalt aus ihren Häusern geholt worden waren.

Im Jahr 2003 trat in Bramfeld mehrfach die *Bürgerinitiative „Unsere Zukunft“* im Rahmen von Informationsständen auf und versuchte, in dieser eher gemäßigten und somit für ein breiteres Publikum akzeptablen Form ihre dennoch rechtsextremistische Propaganda zu verteilen und gleichzeitig Wahlwerbung für die NPD zu machen. Im Jahr 2004 fanden offiziell als Geburtstagsfeiern deklarierte Rechtsrock-Konzerte im Bezirk Hamburg-Wandsbek bzw. Bramfeld statt, bei denen u.a. die Bands „Einherjar“ sowie „Schall und Rauch“ auftraten. In den Folgejahren wurden Veranstaltung zu Strukturen der rechten Szene in Hamburg und Bramfeld, die u. a. im Stadtteilkulturzentrum stattfanden, von AnhängerInnen des neonazistischen Spektrums gestört und immer wieder auch Informationsstände politisch links engagierter, antifaschistischer Personen und Gruppierungen angegriffen.

Akteurinnen und Akteure

Bramfeld ist nach Einschätzung der GesprächspartnerInnen der Wohnort fest dem rechtsextremistischen und neonazistischen Spektrum zuzurechnender Personen, die sowohl innerhalb der Hamburger rechtsextremistischen Szene als auch darüber hinaus bekannt sind und deren Karrieren bis in die Phase der 90er Jahre zurückreichen. Diese Personen treten zuweilen im Rahmen von Aktivitäten, beispielsweise im Umfeld von NPD-Ständen, auch in der Öffentlichkeit auf – sie seien allerdings nicht die Einzigen, die diese Veranstaltungen organisieren und durchführen. Hinzu kommen, gerade an den Informationsständen, immer auch Personen aus anderen Regionen Hamburgs. Die in Bramfeld wohnhaften Personen sind u.a. durch ihr politisches Engagement einem breiteren Bevölkerungsanteil bekannt. Andere werden nach Aussagen einzelner ExpertInnen u. a. wegen ihrer äußeren Erscheinung – bestimmter Kleidungsstil und Frisuren –

als Rechtsextreme wahrgenommen und zwar in erster Linie als junge Erwachsene, die eher als Einzelpersonen auftreten. Darüber hinaus würden diese Personen allerdings nicht in besonderer Weise auffallen.

Wie weiter oben dargestellt, haben sich bereits in den 90er Jahren zunächst mit der Gruppierung im Umfeld des neonazistischen Magazins

„Bramfelder Sturm“ die für Hamburg ersten Kameradschaften herausgebildet. Führungspersonen aus diesem Spektrum seien nach Aussagen der ExpertInnen nach wie vor in Bramfeld wohnhaft und außerdem in der rechtsextremen Szene Hamburgs aktiv. Zudem existiere bis heute eine parteiunabhängige Neonazi-Szene in Bramfeld, die sich vorrangig in der vom Verfassungsschutz so bezeichneten „Neonazi- und Skinheadszenen Bramfeld“ (deren Mitglieder sich selbst „Bramfelder Kameradschaft“ nennen) organisieren würde. Während dem Spektrum der „Neonazi- und Skinheadszenen Bramfeld“ bzw. der „Bramfelder Kameradschaft“ seitens des Verfassungsschutzes im Jahr 2009 noch rund 25 Mitglieder zugerechnet wurden, gibt der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2010 nur noch 20 Personen an. Von diesen ca. 20 Personen gehörten zudem zehn zugleich der Hamburger NPD an. Dementsprechend seien laut Verfassungsschutz im Jahr 2010 auch praktisch keine eigenständigen Aktivitäten mehr von der Bramfelder Kameradschaftsszene ausgegangen. Dadurch, dass Personen aus der „Bramfelder Kameradschaft“ ihr Wirken in die NPD verlagert hätten, hätte die Partei zwar eine stärker aktionistische Ausrichtung erhalten, die parteiunabhängige Neonazi-Szene in Bramfeld habe jedoch nach Ansicht des

Verfassungsschutzes dadurch an Schlagkraft verloren. Einige der wichtigsten AktivistInnen der Bramfelder Kameradschaftsszene übten oder üben sogar zum Teil Führungsfunktionen im Hamburger Landesverband der NPD aus. Zu diesen prominenten Führungspersonen einer rechtsextremen Szene mit Wohnsitz in Bramfeld gehören Torben Klebe sowie Jan-Steffen Holthusen. Sowohl Klebe als auch Holthusen wurden 2007 in den Landesvorstand der NPD-Hamburg

gewählt. Seit Mai 2011 ist Torben Klebe dessen Landesvorsitzender, Jan-Steffen Holthusen war bis mindestens 2010 Landesvorstand in der NPD Hamburg. Beide halten trotz ihres Engagements in der Hamburger NPD nach wie vor Kontakt zur parteiunabhängigen Kameradschaftsszene und stellen somit Schnittstellenpersonen zwischen den unterschiedlichen Strukturen dar.

Torben Klebe war zunächst im Rahmen seiner Mitherausgeberschaft des ab Dezember 1994 erschienenen neonazistischen Magazins „Bramfelder Sturm“ sowie seiner Mitgliedschaft in der gleichnamigen Kameradschaft aktiv. Darüber hinaus war Klebe im Verlauf der 90er Jahre außerdem im neonazistischen Musiknetzwerk „Blood&Honour“ tätig, in dessen Umfeld er u.a. die Musik rechtsextremistischer Bands vertrieben sowie Rechtsrock-Konzerte organisiert hat. Ein weiterer zentraler Akteur der Bramfelder rechtsextremen Szene ist Jan-Steffen Holthusen. Genau wie Torben Klebe kann auch Jan-Steffen Holthusen sowohl mit der Herausgabe des „Bramfelder“ bzw. „Hamburger Sturms“ als auch mit den namensgleichen politischen Gruppierungen in Verbindung gebracht werden.

Im Stadtteil Bramfeld tritt als einzige derzeit aktive rechtsextremistische Partei nur die NPD auf. Sie hat im Bezirk Wandsbek den hamburgweit aktivsten und mitgliederstärksten Kreisverband. Darüber hinaus spielte in den vergangenen Jahren neben der erwähnten Bürgerinitiative „Unsere Zukunft“, die laut Verfassungsschutzbericht zuletzt im Bundestagswahlkampf 2009 Material der NPD an PassantInnen verteilte, nur noch der *Verein zur Erhaltung von Denk- und Ehrenmälern e. V.* eine Rolle. Dieser Verein, der sich nach Angaben der regionalen ExpertInnen für die Organisation und Durchführung der Kranzniederlegung am Ehrenmal oder aber auf dem Ohlsdorfer Friedhof engagiert habe, stellte somit einen rechtlichen Rahmen für gemeinsame Aufmärsche dar, an denen auch Mitglieder aus NPD, DVU und den Kameradschaften teilnahmen.

Wenngleich sich aus dem, was die Bramfelder Expertinnen und Ex-

perten zu den AkteurInnen des Rechtsextremismus in diesem Hamburger Stadtteil berichtet haben, kein Bild davon zeichnen lässt, wie die benannten rechtsextremen AkteurInnen miteinander vernetzt sind bzw. wie die rechtsextreme Szene strukturiert sein könnte, legen vor allem die Verfassungsschutzberichte der letzten beiden Jahre nahe, dass wichtige Einzelpersonen und Organisationen sowohl untereinander innerhalb Bramfelds als auch hamburgweit vernetzt sind. Somit bleibt unklar, ob es sich in Bramfeld um eine rechtsextremistische Szene handelt, die den Stadtteil bewusst als Aktions- und Agitationsgebiet nutzt, oder ob es sich eher um das gelegentliche Auftreten rechtsextremer AkteurInnen handelt, die zwar in Bramfeld wohnen und die dementsprechend auch im Stadtbild bzw. im öffentlichen Leben des Stadtteils an verschiedenen Orten sichtbar werden, diesen Stadtteil jedoch nur punktuell gezielt für ihre politische Arbeit und Mobilisierung nutzen.

Aktivitäten

Eine Besonderheit Bramfelds im Zusammenhang mit Rechtsextremismus ist das vergleichsweise regelmäßige oder doch zumindest in gewisser Weise vorhersagbare Auftreten rechtsextremer AkteurInnen im öffentlichen Raum und zu gewissen Terminen. Dies hänge damit zusammen, dass es zwei Orte gibt, die für die – nicht nur aus Bramfeld stammende – rechtsextremistische Szene traditionell bedeutsame und symbolträchtige Anziehungspunkte darstellten. Hierbei handelt es sich einerseits um das Soldaten-Ehrenmal in der Nähe des Kleinen Bramfelder Sees und andererseits um das Bombenkreuz auf dem im benachbarten Stadtteil liegenden Ohlsdorfer Friedhof. An beiden Orten finden an für die Szene bedeutungsvollen Daten Gedenkveranstaltungen statt, die den gefallenen deutschen Soldaten der beiden Weltkriege, aber auch den zivilen Hamburger Opfern bei der Bombardierung Hamburgs durch die Alliierten gewidmet sind. Bevor die AnhängerInnen der rechtsextremistischen Szene in den vergangenen Jahren damit begonnen haben, am Volkstrauertag an dem Soldaten-Ehrenmal Veranstaltungen zum innerhalb der rechts-

extremistischen Szene so bezeichneten Heldengedenken abzuhalten, wurden diese am Bramfelder Dorfplatz und hier an dem Denkmal für den deutsch-dänischen Krieg durchgeführt.

Als einen weiteren lokalen Anlaufpunkt von ortsansässigen rechtsextremen Personen wird von einigen GesprächspartnerInnen die Ecke Bramfelder Chaussee/ Berner Chaussee genannt. In der Nähe dieser Kreuzung habe es vor einigen Jahren einerseits ein Lokal gegeben, in dem sich Personen mit rechtsextremen Hintergrund getroffen hätten. Außerdem berichtet eine weitere befragte Person, dass sich rechtsextreme AkteurInnen gelegentlich in einem Supermarkt-Café an dieser Straßenkreuzung trafen.

Mit Blick auf die rechtsextremistisch motivierte Kriminalität und die polizeiliche Einsatzlage wird die Situation in Bramfeld von den staatlichen Akteuren als unauffällig zu bezeichnen. Der einzige polizeibekannteste Straftatbestand mit rechtsextremistischem Hintergrund sei das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Eine überregionale GesprächspartnerIn hält die in Bramfeld aktive rechtsextreme Szene jedoch auch für militant und gewaltbereit. Dies zeige sich vor allem dann, wenn die rechtsextremistischen AkteurInnen in Bramfeld Gegenreaktionen erhielten oder aber seitens linker und antifaschistischer AkteurInnen öffentlich thematisiert würden. Eine weitere befragte Person berichtete schließlich von einer über mehrere Jahre dauernden gezielten Belästigung einer gegen Rechtsextremismus engagierten Person in deren Privatwohnung durch permanente Musikbeschallung aus der darunter gelegenen Wohnung.

Von den befragten Bramfelder ExpertInnen wurden insgesamt zwei Vorfälle aus dem Jahr 2011 berichtet, die diese als den Versuch rechtsextremistischer AkteurInnen, in zivilgesellschaftliche Institutionen des Stadtteils vorzudringen, interpretierten. Dabei handelt es sich in einem Fall um die vereinzelte Teilnahme Jan-Steffen Holthusens an Sitzungen eines Forums für BürgerInnenbeteiligung im Stadtteil (Kurzform: Stadtteilforum) im Verlauf des Jahres 2011. In dem an-

deren Fall habe sich laut Auskunft der befragten Person der Versuch beobachten lassen, einzelne Mitglieder einer Bramfelder Kirchengemeinde zu instrumentalisieren. Auch wenn in beiden Fällen unterschiedlich vorgegangen wurde und den Betroffenen in beiden Fällen die eigentliche Motivation und Zielrichtung dieser Vorgehensweise von Personen mit nachweislich rechtsextremistischem Hintergrund unklar geblieben ist, werden diese Aktivitäten von den jeweils befragten ExpertInnen durchaus als Strategien der Unterwanderung bzw. Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Institutionen und von Orten des demokratischen Miteinanders betrachtet.

Bei den im Verlauf des Jahres 2011 wiederholt aufgetretenen Besuchen Jan-Steffen Holthusens der Sitzungen des Stadtteilforums nehme dieser nach Ansicht der befragten ExpertInnen jedoch nicht wirklich teil, vielmehr besuche er sie und falle vor allem durch seine Untätigkeit und Unauffälligkeit auf. Zu diesem Aspekt decken sich die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Befragten in hohem Maße. Er würde mit niemandem sprechen, sei allerdings bereits mehrfach in Begleitung von Personen erschienen, die ebenfalls mit niemandem sprachen. Hinter dieser Art der Teilnahme vermuten die Befragten unterschiedliche Motivationen: So wird dieses Verhalten auf der einen Seite so gedeutet, dass es Jan-Steffen Holthusen schlichtweg darum gehen könne, Präsenz im Stadtteil zu zeigen und zu beobachten, wie sich der politische Gegner präsentiert bzw. wer als politischer Gegner überhaupt relevant sein könnte. Andere ExpertInnen aus Bramfeld sehen dahinter die Strategie rechtsextremer AkteurInnen, in das bürgerliche und zivilgesellschaftliche Milieu einzutreten, in dem sich Positionen bzw. auch konkrete Ehrenämter im vorpolitischen Raum angeeignet würden, um aus einer solchen Position heraus dann agitieren zu können.

Ein weiterer Vorfall, den eine der befragten Personen als den Versuch rechtsextremistischer AkteurInnen einstuft, zivilgesellschaftliche Institutionen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, betraf eine Bramfelder Kirchengemeinde. Hierbei wurde nach Ansicht

des befragten Mitglieds einer Bramfelder Kirchengemeinde seitens einer, wie im späteren Verlauf der Vorkommnisse deutlich wurde, dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnenden Person der Versuch unternommen, ein öffentlichkeitswirksames Thema zu besetzen und da über entstehende Emotionen für die jeweils eigenen Zielsetzungen strategisch zu nutzen Grundsätzlich könne das laut Ansicht einer befragten Person vorhandene Gefühl bei einigen BewohnerInnen Bramfelds, von der Politik enttäuscht worden zu sein, seitens rechtsextremistischer AkteurInnen in der Art genutzt werden, dass diese über die Besetzung sozialer Themen versuchten, eine höhere Akzeptanz zu erlangen. Neben dem in weiten Teilen der Bramfelder Bevölkerung bestehenden unpolitischen Klima ist die konstatierte politische Indifferenz von Jugendlichen nach Einschätzung einiger GesprächspartnerInnen ein günstiger Nährboden für Instrumentalisierungsversuche rechtsextremistischer AkteurInnen. Weder die interviewten staatlichen noch die zivilgesellschaftlichen ExpertInnen konnten jedoch von konkreten Versuchen rechtsextremer AkteurInnen berichten, BramfelderInnen oder Jugendliche jenseits von Informationsständen für den eigenen Nachwuchs zu rekrutieren und sie aus diesem Grund gezielt anzusprechen.

Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus

In den Aussagen der lokalen ExpertInnen zeigt sich ein sehr unterschiedliches Begriffsverständnis von Rechtsextremismus, was wiederum zu einer stark differierenden Beurteilung der derzeitigen Situation in Bramfeld führte. Dieser Umstand spiegelt sich – wie weiter oben andeutungsweise dargestellt – in vielfältiger Weise in den Ausführungen der ExpertInnen, unter anderem bei der Eingrenzung des Beobachtungsgegenstands bzw. des Zielobjekts des jeweiligen Engagements, bei der Bewertung bestimmter Ereignisse, Aktivitäten und Strategien mit rechtsextremistischem Hintergrund oder bei der Einschätzung des lokalen subkulturell geprägten, rechtsextremistischen Milieus. Es zeigt sich auch in der Fokussierung auf strafrechtlich relevantes Verhalten einerseits oder alltagsrelevante Aktivitäten rechtsextremer AkteurInnen andererseits, in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Phänomene, die u. a. auch ursächlich für die Entstehung von Rechtsextremismus sein könnten, bei der Beurteilung der zu wählenden Strategie im Umgang mit Rechtsextremismus sowie in der Haltung gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus.

Ein Großteil der befragten Bramfelder ExpertInnen nimmt regelmäßig an den Sitzungen des bereits zuvor erwähnten Stadtteilforums teil oder ist - teilweise zugleich - in einem zivilgesellschaftlichen Stadtteilbündnis (Kurzform = Stadtteilbündnis) engagiert. Bei dem Stadtteilforum handelt es sich um ein öffentliches und politisches Diskussionsforum, an dem sowohl VertreterInnen aus insgesamt bis zu 40 unterschiedlichen Bramfelder Institutionen als auch Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils teilnehmen. Bedeutende Themen waren in den vergangenen Jahren u. a. der U-Bahn- bzw. Stadtbahnanschluss, die Gestaltung bestimmter Quartiersveränderungen aber auch das Engagement gegen Rechtsextremismus. Das Stadtteilbündnis wieder-

um hat sich als Folgeorganisation einer Arbeitsgruppe gegen Rechts etabliert, die sich ihrerseits aus dem Stadtteilforum heraus entwickelte. Das Stadtteilbündnis organisierte in den letzten Jahren Veranstaltungen zu Themen bzw. mit Inhalten wie „Rechte Strukturen erkennen“, „Rechte Jugendkultur“, „Rassismus im Alltag“, „Rassismus im Sport“, „Neonazi-Kinder-erziehung“ oder „Rechtsradikale in Bramfeld“. Nach Einschätzung von Mitgliedern des Stadtteilbündnisses habe das Engagement des Bündnisses seit der letzten Veranstaltung im Juni 2011 allerdings nachgelassen.

Das Stadtteilforum, das Stadtteilbündnis, das Stadtteilkulturzentrum sowie weitere Vereine und Verbände stellen nach Ansicht der ExpertInnen eine wichtige Grundstruktur für eine schnelle Mobilisierung dar. Die vorhandene Vernetzung führe zu kurzen Kontaktwegen und spare Ressourcen.

Die GesprächspartnerInnen aus Bramfeld sind mit den vorhandenen Netzwerken für die Arbeit gegen Rechtsextremismus in weiten Teilen zufrieden. Unterschiedliche Einschätzungen gibt es jedoch sowohl dazu, auf welcher Grundlage die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Bramfeld erfolgt und wie sie weiterentwickelt werden sollte. So wird von einigen ExpertInnen dafür plädiert, sich intensiv mit aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, den ideologischen Wurzeln des Neonazismus und rechter Symbolik zu beschäftigen. Dazu soll eine Bildungs- und Aufklärungsarbeit sowohl im Rahmen bestehender Bündnisse als auch im Rahmen von aktiver Öffentlichkeitsarbeit sowie in den Schulen erfolgen. Andere ExpertInnen sehen zwar das starke Engagement der Mitglieder des Stadtteilforums. Eine intensive Auseinandersetzung mit den Ursprüngen und Grundlagen des Rechtsextremismus, mit seiner Ideologie und seinen Strategien

sowie eine Anerkennung des Problems in Bramfeld finde aber nicht statt. Zudem würde es versäumt, aus dem Wissen über eine etwaige rechtsextreme Struktur in Bramfeld gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Im Zusammenhang mit dem Engagement gegen Rechtsextremismus wird von einigen befragten ExpertInnen beklagt, dass sich VertreterInnen der Lokalpolitik zu wenig an jenen Bündnissen, die sich aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus widmen, beteiligen. Zudem würde die Möglichkeit nicht genutzt, beispielsweise die Vernetzung innerhalb des Bezirks bzw. mit den VertreterInnen der Bezirksverwaltung ebenfalls über das Stadtteilforum zu organisieren.

Lange bevor es zu rechtsextremistischen Vorfällen kommt, sollte nach Ansicht vieler ExpertInnen stärker auf die positive Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders geachtet und die Grundlage für einen generell wertschätzenden Umgang zwischen Menschen hergestellt werden. Ein wichtiges Ziel einer im weitesten Sinne Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sei die Förderung von Integration. Dazu braucht es Orte der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher kultureller Hintergründe. Denn über das Kennenlernen des Fremden entstehe erst die Möglichkeit einer gegenseitigen Wertschätzung. Deshalb sei es u. a. unabdingbar, dass den Menschen ihre sozialen Zentren und Orte der Begegnung - wie beispielsweise ein Schwimmbad - gelassen würden.

Menschen dürften grundsätzlich nicht das Gefühl bekommen, von der Politik übergangen zu werden. Außerdem sollten die Ursachen sozialer Ungleichheit im Blick behalten und ihnen entgegengewirkt werden. Einer Spaltung der Gesellschaft bzw. der Abwendung bestimmter Bevölkerungsteile vom Gemeinwesen müsse dadurch be-

gegnert werden, dass Menschen mehr dazu ermuntert würden, sich an einem lebendigen und demokratisch verfassten Gemeinwesen zu beteiligen. Ziel wäre es, Menschen handlungsfähig und zu Freundinnen und Freunden der Demokratie zu machen, die nicht erst auf ein Handeln rechtsextremer AkteurInnen reagieren, sondern die ihr gesellschaftliches Miteinander selbstbestimmt gestalten.

Für eine verbesserte und vor allem präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus wird sowohl Schulen als auch Institutionen wie der Kinder- und Jugend-AG in Bramfeld eine besondere Bedeutung beigemessen. Letztere müsse sich nach Ansicht einer befragten Person trotz weiter gefasstem Auftrag auch immer wieder mit dem Auftreten möglicherweise rechtsextremistischer Einstellungsmuster bei Jugendlichen befassen. Hinsichtlich einer interventiven Arbeit in Jugendeinrichtungen aber auch an Schulen gelte es, bereits in einem sehr frühen Stadium eher unbewussten und provokativen als bewusst fremdenfeindlichen Verhalten entschieden zu begegnen und auf diese Weise bei den Jugendlichen ein Bewusstsein für Formen von Rassismus und Diskriminierung und davon ausgehenden Gefahren für die Zivilgesellschaft zu schaffen. Zugleich sei es wichtig, mit Jugendliche, die durch rechtsextreme oder diskriminierende Äußerungen auffallen, in einer grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft zu bleiben.

Forschungsdesiderate

Die Zusammenschau der durch die Dokumentenanalyse und die mit den mit den überregionalen und regionalen ExpertInnen geführten Interviews gewonnenen Aussagen lässt zum einen die Annahme zu, dass die Breite der Anlage der Untersuchung anhand einer Vielzahl befragter AkteurInnen möglicherweise zu Lasten der Tiefe der Informationen und des Blicks einer Institution auf das Phänomen Rechtsextremismus ging. Zum anderen blieben viele der Befragten nicht nur bei der Betrachtung, sondern auch bei der Bewertung der aktuellen Situation im Zusammenhang mit Rechtsextremismus sehr stark der Position ihrer jeweiligen Institution bzw. der beruflichen oder aber ehrenamtlichen Rolle, im Rahmen derer sie als ExpertInnen zum Thema Rechtsextremismus befragt wurden, verhaftet.

Sieben der acht befragten ExpertInnen aus Bramfeld besuchen, mehr oder weniger regelmäßig, die Sitzungen des Stadtteilforums. Allerdings wurde nur eine Person unter ihnen explizit als VertreterIn dieses Stadtteilforums befragt. Auch wenn grundsätzlich alle der befragten ExpertInnen aus Bramfeld das Auftreten rechtsextremer AkteurInnen im Stadtteil – und ganz unmittelbar auch bei den Sitzungen des Stadtteilforums – wahrnehmen, variiert die Bewertung des Auftretens der rechtsextremen AkteurInnen doch erheblich zwischen den Befragten. Somit kann letztlich an dieser Stelle die Frage, inwieweit die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung des jeweils vorgefundenen Rechtsextremismus ein Resultat differierender Blickwinkel der in die Untersuchung einbezogenen Institutionen bzw. der Auswahl der konkret befragten Personen darstellt oder es sich aber bei dem Rechtsextremismus in der Region Bramfeld um ein Phänomen handelt, welches stark ausdifferenziert ist und aus diesem Grund befragten AkteurInnen unterschiedliche Aspekte - und eben jeweils möglicherweise nur Teilaspekte - des Ganzen wahrnehmen, nicht beantwortet werden.

Genauer zu betrachten wäre auch die Struktur, in der sich in Bramfeld derzeit das Engagement zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus ausdrückt. So ist zum einen im Stadtteilforum von Bramfeld zwar eine große Anzahl ortsansässiger Institutionen und AkteurInnen vertreten. Bei diesem Forum handelt

es sich jedoch nicht um eines, das explizit das Thema Rechtsextremismus zum Inhalt hat. Das Stadtteilbündnis Bramfeld wiederum bestehe nur aus einem vergleichsweise kleinen Personenkreis und habe darüber wenig Anbindungen an andere Strukturen. Zum anderen zeigte sich für Bramfeld eine geringe Vielfalt zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und somit auch eine geringere Bandbreite unterschiedlicher Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus. Schließlich besteht keinerlei fest institutionalisierte Anbindung des Engagements gegen Rechtsextremismus an die Politik auf Bezirksebene oder aber anders herum betrachtet eine gezielte Beschäftigung seitens abgeordneter ParteienvertreterInnen mit dem Thema Rechtsextremismus auf Bezirksebene.

Dem dargestellten Umstand der geringen Bandbreite der in Bramfeld mit dem Thema Rechtsextremismus befassten GesprächspartnerInnen auf der einen und der konstatierten Institutionenfixierung auf der anderen Seite könnte über eine ergänzende Befragung von Schulleitungen, Lehrkräften und von MitarbeiterInnen in Jugendeinrichtungen begegnet werden. Möglicherweise könnten darüber bisher nicht durch die Untersuchung erfassbare und erfasste Erkenntnisse gewonnen werden. Auch Jugendliche zu dem Vorhandensein rechtsextremer AkteurInnen, Aktivitäten und Strukturen an einem bestimmten Ort zu befragen, könnte hilfreich sein. Denn diese wurden - wenn auch nach Angaben der ExpertInnen im geringen Umfang - nicht nur als

potentielle Zielgruppe rechtsextremistischer Agitationsbemühungen identifiziert oder durch bestimmte Entwicklungen im Bereich der in Bramfeld aktiven Kameradschaftsszene und in subkulturellen Milieus angesprochen, sondern verfügen auf für Erwachsene nicht oder schlecht zugänglicher Ebene über ein eigenes ExpertInnenwissen.